



AKTUELLES

DATEN UND FAKTEN

Sie befinden sich hier:

[Startseite Niedersachsen](#)

[Aktuelles](#)

[Aus dem Bundesverband](#)

21 Verbände und Gewerkschaften erklären: Betreuungsgeld nicht im Sinne der Kinder

Berlin, 4. Juli 2011. "Es wäre geradezu fatal, wenn aufgrund eines Betreuungsgeldes von 150 Euro sozial schwache Familien darüber nachdenken müssten, was sie dringender benötigen: das Geld oder ein gutes Bildungs- und Förderungsangebot für ihre Kinder", erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler angesichts der heutigen Anhörung des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema Betreuungsgeld und kritisiert, dass eine Einführung des Betreuungsgeldes "im krassen Widerspruch zu allen bildungs- und migrationspolitischen Zielen, die die Bundesregierung zu haben vorgibt", steht.

Ein Betreuungsgeld würden diejenigen Eltern erhalten, die ihr Kind ab dem Jahr 2013 nicht in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreuen lassen, sondern dies selber wahrnehmen. "Wenn wirklich alle Kinder die gleichen Chancen auf ein gut gefördertes Aufwachsen haben sollen, müssen diese ideologischen Debatten über ein Betreuungsgeld aufhören", fordert der

Präsident des Kinderschutzbundes Heinz Hilgers und erklärt weiter: "Die heutige Anhörung hat gezeigt, dass das Betreuungsgeld nicht im Sinne der Kinder ist".

"Wir brauchen jeden Euro, um den Ausbau des Betreuungsangebotes in Kindertagesstätten zu stemmen", erklärt Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie (ZFF). Der zweite Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes zeigt auf, dass die Ausbaudynamik bis zum Sommer 2013 noch erheblich gesteigert werden muss, um das politische Ziel einer durchschnittlichen Betreuungsquote von 35 Prozent bundesweit zu erreichen. "Würde das Geld hier eingesetzt, könnten vor allem die Kinder davon profitieren", unterstreicht Reckmann abschließend.

Diese Erklärung wird unterstützt von:

Arbeitskreis Frauengesundheit - AKF, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband - AWO, Familienplanungszentrum Balance, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler - BdWi, Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen - BAGE, Deutscher Frauenrat, Deutscher Juristinnenbund - djB, Deutscher Kinderschutzbund, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - GEW, Humanistischer Verband Deutschlands - HVD, Verband binationaler Familien und Partnerschaften - iaf, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten - NGG, Netzwerk Frauengesundheit Berlin, IG Metall - IGM, pro familia Bundesverband, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Verband alleinerziehender Mütter und Väter - VAMV, Gewerkschaft ver.di, Verband berufstätiger Mütter - VBM, Zukunftsforum Familie - ZFF

Dateien

[PM-Betreuungsgeld_04_07_11.pdf](#) 394 KB

[Zurück](#)